



19.07.2011

Abelshauser im Interview:

"Austritt aus Eurozone vorbereiten"

Bielefelder Wirtschaftshistoriker wirbt für neues Währungssystem



Vom Euro-Befürworter zum -Skeptiker: | FOTO: SANDRA SANCHEZ

Bielefeld. Die Eurozone ist eine Schicksalsgemeinschaft: Jedes der 17 Mitgliedsländer kann freiwillig aus der Währungsunion austreten, aber keines kann ausgeschlossen werden. Der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser hat jedoch Zweifel, dass die Eurozone in ihrer heutigen Gestalt fortbestehen kann. Im Gespräch mit Martin Krause erklärt Abelshauser, wie der Währungsraum auf bekannte Art neu geordnet werden könnte.

Soll Griechenland jetzt aus der Eurozone austreten?

WERNER ABELSHAUSER: Griechenland wird nicht austreten wollen – oder würde sich wenigstens den Lästigkeitsfaktor teuer abkaufen lassen. Und: Griechenlands Austritt allein würde an der Problematik der mangelnden Passgenauigkeit der Eurozone nichts ändern. Ökonomen wussten von Anfang an, dass der Währungsraum nicht ideal ist. Es haben sich aber jene durchgesetzt, die glaubten, es werde sich schon irgendwie richten – eine politische Entscheidung.

Liberale Politiker und Wirtschaftswissenschaftler empfehlen einen Austritt Griechenlands. Liegen die verkehrt?

ABELSHAUSER: Na ja, wenn die Griechen austreten, würde das einen Chor der Dankbarkeit auslösen. Aber das ist eine irrealer Annahme. Warum sollten sie das tun?

Um abwerten zu können und so die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

ABELSHAUSER: Ja, aber sie müssten ihre Schulden in Euro bedienen. So ginge die Zahlungsfähigkeit noch früher verloren.

Alle sagen, die Griechen müssten abwerten – können es aber nicht, weil sie keine eigene Währung haben. Geht das auch anders?

ABELSHAUSER: Ja. Von 1978 bis 1999 gab es das Europäische Währungssystem EWS mit festen Wechselkursen. Die Mitglieder versprachen, die Wechselkurse ihrer nationalen Währungen nur geringfügig schwanken zu lassen. Wer das nicht konnte oder wollte, war automatisch draußen.

Und die Länder konnten im Notfall abwerten?

ABELSHAUSER: Genau. Bevor es zu spät war, konnten sie austreten, abwerten, reformieren und dann wieder eintreten. Im EWS ist es in den 80er und 90er Jahren bisweilen zugegangen wie im Taubenschlag. Daran gab es viel Kritik. Die Europäer wollten es stabiler. Nur: Die damalige Instabilität war viel leichter zu ertragen als die heutige. Das System war vor allem sehr praktisch für die Weichwährungsländer. Es sind ja immer die selben: Italien, Spanien, Portugal . . .

Die Südländer?

ABELSHAUSER: Ja. Das hat historische Gründe. Es liegt unter anderem daran, dass dort zwischen Gesellschaft und Staat lange Zeit ein gespanntes Verhältnis herrschte – und immer noch herrscht. Dies schuf Denk- und Handlungsweisen in der Bevölkerung, die nicht mit der nötigen Disziplin für eine Hartwährung zu vereinbaren sind.

Was jetzt in Griechenland versucht wurde, Löhne und Preise mit dem Rasenmäher zu kürzen, wirkt doch so ähnlich wie eine Abwertung, oder?

ABELSHAUSER: Ja. Aber es ist eine schmerzhaft Angelegenheit. Das hält ein Land nicht lange aus. Stellen Sie sich vor, in Italien begänne jetzt auch noch ein Kampf um Milliarden-Sparprogramme – das würde diese Gesellschaft, die ohnehin zwischen Süd und Nord gespalten ist, nicht ertragen.

Italiens Probleme bringen eine neue Dimension in die Krise?

ABELSHAUSER: Griechenlands Probleme sind für die Eurozone zu verkräften. Bei Italien ist das ganz anders. Jetzt soll ein Rettungspaket von 1,5 Billionen Euro geschnürt werden: Das sind Dimensionen, die für die Retter selbst zum Risiko werden.

Es geht doch nur um eine Bürgschaft, um einen annehmbaren Zins zu erzielen!

ABELSHAUSER: Sie kennen vielleicht die alte Juristenweisheit: Einen Bürgen kannst du würgen. Will heißen: Eine Bürgschaft ist eine scharfe Waffe.

Wäre ein Austritt aus der Währungsunion für Deutschland eine Alternative?

ABELSHAUSER: Eine Alternative wäre der Weg in ein Europäisches Währungssystem. Dem würde vielleicht auch die Schweiz beitreten, die ja mit ihrem starken Franken derzeit nicht glücklich ist, und Norwegen. Auch Warschau, Budapest und Prag könnten teilnehmen. Wir würden den Euro als Währung verlieren, aber es käme nicht zum Bruch. Im Gegenteil: das Europäische Währungssystem würde sich allen öffnen, die Willens und in der Lage sind, feste Wechselkurse zu verteidigen. Niemand wird ausgegrenzt, selbst Griechenland hätte eine Chance. Als Politiker würde ich sagen: So öffnen wir das Währungssystem für ganz Europa.

Man könnte es gut verkaufen?

ABELSHAUSER: Osteuropa ist dabei, Großbritannien, Skandinavien, vielleicht die Schweiz. Das wäre auch politisch machbar. Den Umfragen zufolge wollen ja die meisten Deutschen die Mark wiederhaben. Natürlich hat das auch Nachteile: Es würde politisch wie ein Rückschritt aussehen. Europa ist aufgebrochen, auf dem Gebiet der Währung zu einem einheitlichen Akteur zu werden und hat versagt.

Und die Umtauschkosten würden wieder die Wirtschaft belasten.

ABELSHAUSER: Was die Unternehmen brauchen, sind feste Wechselkurse. Dagegen nehmen sich die Unbequemlichkeiten für Touristen wie Peanuts aus. Verglichen mit den Gefahren, die in der Eurozone lauern, sowieso. Die Möglichkeit einer Rückkehr zum EWS ist eine beruhigende Vorstellung. Wir fallen nicht ins Bodenlose, wenn der Euroraum kollabiert.

Die Bereitschaft zur Rückkehr zur D-Mark dürfte gewachsen sein?

ABELSHAUSER: Ehrlich gesagt ziehe ich einen funktionierenden Euro vor. Aber ohne politischen Kopf blieb der Euro von Anfang an weit unter seinem Wert. Anders als der Dollar ist er kein Instrument kontinentaler Wirtschafts- und Handelspolitik. Es wäre aber auch nicht wünschenswert, jetzt in die Vereinigten Staaten von Europa zu flüchten. Ohne seine unterschiedlichen Denk- und Handlungsweisen, Traditionen, Sprachen gingen Europa viele Wettbewerbsvorteile verloren. Das Ziel muss im Gegenteil eine Form der Integration sein, die Nutzen zieht aus der Vielfalt.

Noch einmal: Würden Sie den Deutschen den Austritt aus der Währungsunion empfehlen?

ABELSHAUSER: Ich würde dem Finanzminister raten, sich darauf vorzubereiten. Denn es könnte nötig werden. Wenn die Risiken zu groß werden, dann muss die Bundesregierung daran denken, dass sie einen Eid geleistet hat, und daran, dass es Verträge gibt.

Einen Eid, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu vertreten?

ABELSHAUSER: Und das Land vor Schaden zu bewahren. Der Weg zu einem neuen Währungssystem würde etwa zehn Tage dauern. Wer immer die Führung übernimmt, bräuchte ungefähr eine Woche, um bei den europäischen Partnern zu sondieren, wer das neue Europäische Währungssystem mitgründet. Das Ergebnis würden die Regierungschefs dann am Freitagabend, wenn die Börsen geschlossen sind, verkünden. Und am Montag werden die neuen Währungen Geltung haben.

Wäre das Scheitern des Euros nicht auch ein Scheitern der Europäischen Union?

ABELSHAUSER: Im Gegenteil. Das wäre besser als ein unzulässiges Überdehnen der Verträge gegen den Willen des Souveräns.